

Deutschland – Frankreich – Osteuropa

Historische Dimensionen und neue Optionen

SUSANNE NIES*

2004 ist ein historisches Jahr, dass die mehr als 50-jährige Teilung des alten Kontinents besiegelt. Die Europäische Union und die NATO nahmen in einer beispiellosen Erweiterung viele jener Staaten auf, die nach dem Fall der Berliner Mauer die „Rückkehr nach Europa“ auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Die Mitgliedschaft in den wichtigsten Bündnissen Europas gilt dabei als krönendes Finale eines 15-jährigen Marathons mühseliger Reformen, der Zweifel und Rückschläge. Außer den vier mittelosteuropäischen Staaten Polen, Ungarn, Tschechische Republik und Slowakei ist mit den baltischen Staaten und Slowenien allein drei der 15 ehemaligen Sowjetrepubliken und einzig einem Balkan-Staat der Eintritt in die Europäische Union gelungen. Nachzügler werden 2007 Rumänien und Bulgarien sein, nachdem sie überraschend, und ohne die geforderten Kriterien erfüllt zu haben, schon im April 2004 Mitglied der NATO wurden. Die Verhandlungen mit Kroatien, gefolgt von anderen Staaten des ehemaligen Jugoslawien, stehen in Brüssel ebenso auf der Tagesordnung wie eine deutliche Aussage zum seit 1963 vertrösteten Aspiranten Türkei.

Osteuropa umfasst eine Vielzahl kleiner Staaten mit unter zehn Millionen Einwohnern (Estland, Lettland, Litauen, die Slowakei und Slowenien und mittlerer Staaten (Ungarn, die Tschechische Republik und Bulgarien), große Staaten mit 40 respektive 50 Millionen Einwohnern (Polen und die Ukraine) sowie den Superstaat Russland, Rechtsnachfolger der Sowjetunion, mit seinen knapp 170 Millionen Bürgern. Eine imaginäre und sich immer deutlicher abzeichnende neue Ost-Ost-Grenze trennt heute die mittelosteuropäischen Staaten und neuen EU-Mitglieder von den osteuropäischen – Russland, Ukraine und Weißrussland. Was außerhalb der neuen Grenze liegt, das fasst man seit Herbst 2003 in Brüssel-Englisch unter dem Modebegriff „Wider Europe“ – das weitere Europa – zusammen. Die Außenpolitik der westlichen Staaten bezieht sich auf diese neuen Blöcke in unterschiedlicher Weise. Russland bleibt und ist unumgänglich, und das Russland-Primat der Westeuropäer und der internationalen Staatengemeinschaft stellt insbesondere für die kleinen osteuropäischen Staaten einen kollektiven Albtraum dar. Traumatische Erfahrungen – die Teilungen Polens, der

* Dr. Susanne Nies habilitierte sich 2004 in Politischen Wissenschaften und Internationalen Beziehungen am Institut d'Études Politiques de Paris und promovierte in Politischen Wissenschaften, Slavistik und Romanistik. Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der FU Berlin, zur Zeit beurlaubt, um am IEP de Paris zu lehren. Homepage: <http://www.ceri-sciences-po.org/cherlist.nies.htm>

Hitler-Stalin-Pakt, aber auch die Nichtanerkennungspolitik gegenüber den baltischen Staaten sowohl 1919 als auch 1991 – rechtfertigen diese schnell zu mobilisierende Furcht vor dem Zusammengehen der Großen zu Lasten der Kleinen.

Auf die neuen EU-Mitglieder wartet eine anspruchsvolle Agenda: War der Slogan der ersten Transitionsdekade „Wir haben alles von Null aufbauen müssen“¹ so gilt nun „Aufholen“ – „catch up“ als neue Prämisse. Zum ‘acquis communautaire’ zählen ja ebenso der Euro wie das Schengen-Regime über Grenzen und Freizügigkeit, und alles dieses gilt es zu implementieren. Zudem steht die EU vor schwierigen institutionellen Reformen, die im Sommer 2004 aller Voraussicht nach zur Verabschiedung einer neuen Verfassung führen werden. Die neuen Mitglieder haben sich nunmehr als Akteure und nicht länger als Objekte in der seit 1991 unvergleichlich in ihrer Bedeutung gewachsenen europäischen Union zu beweisen.

Eine Erweiterung ohne Jubel im Westen

15 Jahre nach dem Fall der Mauer befindet sich Europa in einer Konjunkturkrise, die begründet, weshalb die Reformstaaten nach dem kontinentweit gefeierten Fall der Mauer heute nicht mit vergleichbarem Jubel empfangen werden. Ganz im Gegenteil: Meinungsumfragen belegen in allen alten Mitgliedstaaten eine negative Haltung zur Erweiterung, wenn nicht gar zu Osteuropa im Allgemeinen, und eine erhebliche Furcht vor Kriminalität, Migration und den Auswirkungen auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt.² So haben bis auf Irland alle EU-15-Staaten Übergangsfristen im Hinblick auf Freizügigkeit und Arbeitsrechte der Bürger aus den zehn neuen Mitgliedstaaten verhängt – eine Möglichkeit, von der maximal bis zum Jahr 2011 Gebrauch gemacht werden darf.

Auch Frankreich und Deutschland haben sich seit dem Fall der Mauer gewandelt: Mit der Wiedervereinigung kehrte Deutschland als normaler politischer Akteur in die Völkergemeinschaft zurück. Frankreich, zuvor Verfechter eines Europas der Vaterländer und gemeinsam mit Großbritannien misstrauisch gegenüber dem vereinigten Deutschland, wurde überraschend zu einem der wichtigsten Anwälte eines politisch und ökonomisch integrierten, supranationalen Europa. Die deutsch-französische politische Zusammenarbeit vertiefte sich insbesondere seit 2000, dem Antritt der Bush-Administration in den USA. Ohne vorherige Absprachen vertrat und vertritt man gleiche Auffassungen in den Dossiers der großen Politik, so im Irak-Krieg. Ohne gemeinsame Papiere oder Beschlüsse ist man sich in Berlin und Paris politisch so nah wie zuletzt nur in der Ära Giscard-Schmidt.

Osteuropa gegenüber allerdings zeigen sich fundamentale Unterschiede in der deutschen und französischen Tradition, Politik und Wahrnehmung. Während Deutschland durch vielfältige geschichtliche Bezüge, durch Auslandsdeutsche und osteuropäische Exilanten, durch Handel, aber auch durch das Bewusstsein einer tiefen historischen Schuld mit den Staaten Osteuropas eng verbunden ist, glänzte Frankreich weitgehend durch Abwesenheit. So wie Afrika in der deutschen Politik nur eine geringe Rolle spielt, so ist Osteuropa für Frankreich eine zunächst einmal entlegene Zone. Frankreichs Osteuropapolitik stand in der Zwischenkriegszeit vor allem im Zeichen der Kulturpolitik, der Verbreitung von französischer Kultur und Sprache. Nur unbedeutende Botschaften wurden unterhalten. In jüngster Zeit zeichnet sich hier eine Veränderung ab, und nicht zufällig ist Frankreich inzwischen zum größten Direktinvestor in Polen aufgestiegen. Das Interesse an den nahezu unbekanntenen Staaten Osteuropas nahm in den letzten Jahren sprunghaft zu. Umgekehrt herrschen

in Osteuropa viele Vorurteile gegenüber Frankreich: Zunächst einmal sind diese grundsätzlich positiv und von der Vorstellung der kultivierten Franzosen, der französischen Lebensart, von *Voltaire* und *Napoleon* bestimmt. Wenig aktuelle Erfahrungen aber mit Paris, und das vor dem Hintergrund unterschiedlicher Auffassungen im Irak-Krieg, haben dazu geführt, dass Mitteleuropa Frankreich durch die amerikanische Brille wahrgenommen hat und wahrnimmt: unzuverlässig – man tauscht mit ihnen keine Geheimdienstdaten aus – und eigenbrötlerisch. Frankreich gilt nicht selten als arrogant und machtbewusst, als Gegenspieler der USA, die in vielen Staaten Osteuropas als der einzige treue Bündnispartner betrachtet werden. An diesem Bild stehen Korrekturen an, die nur durch engere Verbindungen und tiefere Kenntnisse vorgenommen werden können.

Osteuropapolitik: deutsche Präsenz, französische Abwesenheit

Deutschland ist, ganz anders als Frankreich, in Osteuropa kulturell, politisch und ökonomisch seit Jahrhunderten präsent. Seien es der Deutschritterorden im Baltikum seit dem 13. Jahrhundert, die Gründung Königsbergs, die Deutschen im Zarenreich, in Siebenbürgen, in Polen, die dominierende Stellung Preußens, die Verbindung mit der Habsburger Monarchie im Süden. Für die mitteleuropäischen Staaten war die geographische Lage zwischen zwei großen Zivilisationen und politischen Mächten – Deutschland und Russland – über Jahrhunderte hinweg der bestimmende Faktor. Das Dritte Reich führte unbeabsichtigt das Ende der deutschen Präsenz in vielen osteuropäischen Staaten³ herbei und belud den deutschen Staat mit einer nicht wiedergutzumachenden Schuld, die fortan seine Politik prägen sollte, so die Beziehungen zu Osteuropa. Deutschland und die Staaten Osteuropas können sich ein mangelndes Interesse für den jeweils anderen

nicht erlauben: Ereignisse bei den geographischen Nachbarn betreffen stets auch den anderen. Brandts neue Ostpolitik, so umstritten sie zu Anfang der 1970er Jahre auch war, wurde in den beiden Jahrzehnten vor dem Fall der Mauer zum Grundprinzip jeder deutschen Politik, ganz gleich ob sozial- oder christdemokratischer Prägung.

Ganz neue Möglichkeiten der Kooperation eröffneten sich mit dem Fall des Eisernen Vorhangs und dem Ende der hermetischen Trennung von Ost- und West, dem Ende einer Grenze, die durch Deutschland verlief. Die Anrainer dieser Grenze wandelten sich von Objekten der Supermächte zu Subjekten einer neuen europäischen, auch internationalen Politik. Rasch und schon während der Perestrojka (1985–1991) entstanden intensive Kontakte zwischen Deutschland und den Nachfolgestaaten des Ostblocks, insbesondere mit Polen, der Tschechoslowakei (und dann der Tschechischen Republik), den baltischen Staaten und Ungarn. Dabei spielten die in Deutschland im Exil lebenden Angehörigen der betreffenden Staaten – von Baltendeutschen wie dem ersten deutschen Botschafter in Riga, Graf *Lambsdorff*, bis zu baltischen Exilanten wie *Andrejs Urdze* und *Egils Levits* – in der ersten Stunde eine herausragende Rolle, sie bildeten eine Brücke zwischen den Kenntnissen von gestern und dem Niemandsland von heute.

Misstrauisch beobachteten Frankreich und England die neue deutsche Ostpolitik und die damit einhergehende Verlagerung der europäischen Achse vom Rhein an die Oder, wie es schien. Eine britische Karikatur aus dem Jahr 1991 zeigte *Margaret Thatcher* neben *Helmut Kohl* sitzend, mit der Sprechblase „Nehmen Sie Platz, Sie riesiger Deutscher! Sie machen alle nervös!“ während *Kohl* antwortet „Ich sitze bereits!“⁴ Die unilaterale und im Vorfeld nicht abgestimmte deutsche Anerkennung der jugoslawischen Nachfolgestaaten Kroatien und Slowenien im Dezember 1991 konnte die anti-deutsche Stim-

mung nur verschärfen, ebenso wie die deutsche Hochzinspolitik 1992/93, die Frankreich zum Anhänger der europäischen Währungsunion werden ließ.⁵ Osteuropa, so schien es, stand bis zur Mitte der 1990er Jahre unter einem Primat der Beziehungen zu Deutschland innerhalb Europas. Deutschland war Anwalt bei der Osterweiterung, während Frankreich sich mit den südlichen EU-Staaten in einer Allianz der Skeptiker verband, – nicht zuletzt hinsichtlich der befürchteten Auswirkungen der Erweiterung auf die Gemeinsame Agrarpolitik.⁶

Eine Sonderrolle in der west-ost-europäischen Gemengelage kam von Anfang an den Beziehungen Deutschlands und Frankreichs zu Polen zu. In Mittelosteuropa ragte und ragt Polen schon seit 1919 heraus, seit der Wiederherstellung seiner Unabhängigkeit im Ausgang des Ersten Weltkriegs. So ist es nicht überraschend, dass ihm Frankreich die Rolle einer fünften europäischen Großmacht zudachte, und dass das Frankreich der Zwischenkriegszeit die Zusammenarbeit mit Polen zum Herzen seiner Osteuropapolitik machte. Eine Politik allerdings, die aufgrund der regionalen Konflikte Polens, so seiner Feindschaft mit Litauen aufgrund der Besetzung von Vilnius⁷, keinen Erfolg zeitigen sollte. Die Vorstellung von einem polnischen Primat in Osteuropa wurde und wird von keinem anderen osteuropäischen Staat akzeptiert, das Misstrauen gegenüber polnischen Hegemoniebestrebungen war und ist groß. War Frankreich eines der wichtigsten Länder in der Unterstützung für Polen in Solidarnosc und Kriegsrechts-Zeiten,⁸ so zog es sich nach 1991, wie es schien, stärker zurück. Gemeinsam mit Deutschland und Polen begründete es 1991 das Weimarer Dreieck, als europäischer Motor, der auf der deutsch-polnisch-französischen Kooperation beruhen sollte und sich als Antwort auf die neue Konstellation in Europa wissen wollte. Trotz regelmäßiger Gipfeltreffen ist diesem Verbund allerdings eine überragende Bedeutung bis heute

nicht zugekommen. Darüber hinaus hat insbesondere die Sonderrolle Polens seit Beginn des Irak-Kriegs das Verhältnis der drei Staaten starken Belastungsproben ausgesetzt.⁹

Amerikanisches Primat und europäische Zerwürfnisse

Die deutsche Präsenz der ersten Stunde erfuhr gegen Mitte der 1990er Jahre eine Relativierung, einerseits durch eine stärkere deutsche Ausrichtung nach Russland, andererseits durch eine Intensivierung der Beziehungen zwischen den USA und Mittelosteuropa. Tiefgreifende Reformen bringen zwangsläufig eine gewisse Introvertiertheit mit sich: Dieses zeigte sich deutlich in Deutschland unmittelbar nach der Vereinigung, in Osteuropa, aber auch im beschleunigten europäischen Integrationsprozess seit dem Vertrag von Maastricht im Jahr 1992. Schien die Osterweiterung der EU zu Beginn der 1990er Jahre eine Selbstverständlichkeit zumindest für die Schlüsseländer Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zu sein, so mussten die widersprüchlichen Aussagen über den Beitrittstermin und seine Vertagung zu Verunsicherung und Verstimmung in den Hauptstädten Mittelosteuropas führen. Obwohl sich auch die zweite Administration Clinton gegenüber einer Erweiterung der NATO über Polen, Ungarn und die Tschechische Republik hinaus¹⁰ eher skeptisch zeigte, wurde diese Skepsis zum Vorteil Washingtons jenseits der Oder schlicht ignoriert. Die USA blieben aus dortiger Sicht der einzige zuverlässige Partner, die Westeuropäer waren es nicht. Erst mit den Amtsantritten Bushs und Putins im Jahr 2000 und den Attentaten auf das World Trade Center änderte sich die politische Großwetterlage so, dass nunmehr eine NATO-Erweiterung mit russischer Akzeptanz möglich erschien. In historischen Tagungen beschlossen NATO und EU im Dezember 2002 die Erweiterung qua „Big Bang“ mit einer historisch bisher nicht ver-

gleichbaren Anzahl von Staaten. Die amerikanisch-russische Kooperation nach dem 11. September 2001 währte jedoch nicht lange: Der Krieg im Irak führte zum Zerwürfnis, und die Risse zogen nun erstmals durch das noch nicht einmal vereinigte Europa, Risse zwischen dem, wie Donald Rumsfeld es nennen sollte, „alten“ und „neuen“, zwischen West- und Osteuropa.

Das entschiedene deutsche und französische Nein zur amerikanisch-britisch-spanischen Intervention im Irak veranlasste den amerikanischen Politiker und Wolfowitz-Vertrauten Bruce Jackson, in den Hauptstädten Mittel- und Osteuropas um die Unterstützung für die Allianz zu werben. Der unter seiner Feder entstandene so genannte „Brief der Acht“ machte in der Weltpresse ab dem 5. Februar 2003 Schlagzeilen.¹¹ Verärgert, insbesondere nach der bedeutenden Nachbewilligung von Mitteln für die EU-Erweiterung im Dezember 2002, ließ sich der französische Präsident Jacques Chirac zu der Replik hinreißen: „Die osteuropäischen Staaten haben eine gute Gelegenheit versäumt, den Mund zu halten.“¹² So gerechtfertigt diese Aussage erscheinen mag, insbesondere in Anbetracht der Tatsache, dass der „Brief der Acht“ von einem einflussreichen amerikanischen Politiker aufgesetzt worden war, so katastrophal war ihre Auswirkung: In den Hauptstädten von Prag bis Budapest verfestigte sich der Eindruck eines überaus arroganten und autoritären Paris, und unangenehme Erinnerungen an sowjetische Gängelung wurden wach. In der Folge begannen die Ereignisse sich zu überschlagen: Polen, dessen Übereifer nach dem NATO-Beitritt in weltpolitischen Angelegenheiten zuvor in Washington Missbilligung ausgelöst hatte¹³, wurde als Dank für seine Beteiligung an der Allianz und zur öffentlichen Brückierung der anderen Europäer eine Besatzungszone des Irak, der schwierige Nord-Irak, zuerkannt. Dieses konnte nur die Missstimmung in Brüssel verstärken, hatte doch Polen erhebliche Sonder-

fonds für die Sicherung seiner über 1 000 km langen Ostgrenze nachverhandeln können und sah sich nun dem Verdacht ausgesetzt, diese für militärische Operationen zu verwenden.

Gleichzeitig opponierten Polen und Spanien mit Miller und Aznar gegen ein vermeintlich deutsch-französisch dominiertes Europa und brachten die Konventsverhandlungen im Dezember 2003 zum Scheitern. Auf Jahrezehnte, so schien es noch im Dezember des vorigen Jahres, waren der Versuch der politischen Integration Europas vertagt und die Bemühungen Giscard d'Estaings und der Konventsmitglieder umsonst gewesen. Die Osterweiterung würde ohne die notwendigen institutionellen Reformen stattfinden. Umso überraschender, dass die Regierungswechsel in Polen und Spanien den Weg zur Europäischen Verfassung und Reform nur wenige Monate später wieder freigeben sollten: Mit einem Ergebnis wird nun schon für Ende Juni gerechnet, mit der Implementierung ab 2009.

Ausblick

Frankreichs politische Abwesenheit in Osteuropa in den 1990er Jahren muss als politischer Fehler betrachtet werden. Ein Mehr an Interesse und Kooperation hätte einerseits verhindert, dass Frankreich durch die amerikanische Brille wahrgenommen würde, und dieses andererseits mit den Problemen aber auch Chancen in Mittelosteuropa vertraut gemacht. Inzwischen hat eine nachholende Entwicklung eingesetzt, das Interesse ist groß. Die politischen Beziehungen zwischen Deutschland, Frankreich und Osteuropa insgesamt stehen mehr und mehr unter dem Eindruck der rasanten europäischen Integration. Die Attraktivität der EU ist nicht zuletzt ein Grund, weshalb Georgien als neue Außenministerin die französische Botschafterin gewählt hat: Auf diesem Wege hofft der neue Staatspräsident Sakashvili sich zusätz-

lich zur traditionell guten Verbindung mit Berlin auch die französische Sympathie zu sichern. Die Staaten Europas werden heute an ihrem Verhalten in Brüssel gemessen, wie sich jüngst am Beispiel Polens, aber auch Spaniens deutlich zeigte. Die EU-25 der 454 Millionen Einwohner hebt sich auch politisch deutlich von den nordamerikanischen, aber auch russischen, viel traditionelleren, auf bilaterale Beziehungen setzenden Prä-

missen ab. Groß sind die Herausforderungen hinsichtlich der politischen und wirtschaftlichen Integration, der Regelung von Grenzkontrollen, aber auch im Verhältnis zu „denen, die draußen bleiben“. Deutsche und französische Osteuropapolitiken sind dabei seit dem 1. Mai 2004 Bestandteil der europäischen Politik geworden, und eine Konzertierung, wie schon nach dem EU-Gipfel im Dezember 2003, ist zunehmend notwendig.

-
- 1 „We built everything from the Scratch“ – eine immer wieder verkündete Formel seit 1991. Wobei vergessen wird, dass man natürlich das Erbe der Vergangenheit, und sei es der sowjetischen, nolens volens mit sich herum trägt: ein eindrucksvoller Beweis sei nur die Reaktion der osteuropäischen Staaten auf den Krieg in Afghanistan im Winter 2001, der ihnen allen die grauenhafte Sowjeterfahrung in Erinnerung rief.
 - 2 Meinungsumfragen zur Osterweiterung, siehe den Artikel „Ces clandestins qui font peur“ in „Le Point“, septembre 2003, <http://www.lepoint.fr>.
 - 3 1940 verordnete *Hitler* die Umsiedlung der Baltendeutschen in die Posener Gegend. Die meisten Deutschen Mittelosteuropas wurden zum Ende des Zweiten Weltkriegs nach Westen vertrieben oder flohen vor der nahenden Roten Armee. Verbliebene wurden nach Sibirien oder Zentralasien deportiert.
 - 4 „Sit down, you big German! You are making everybody very nervous!“ *Kohl* „I'm already sitting“. In: „The Guardian“ 1991.
 - 5 Die deutsche Hochzinspolitik 1992/1993 zwang die anderen Mitgliedstaaten der EU früher oder später zur Anpassung und verhalf dem Philanthropen *Soros* zu spektakulären Börsengewinnen gegen die britische Staatsbank. Frankreich gab fortan einer Währungspolitik mit Mitspracherecht im europäischen Rahmen den Vorzug vor einem faktischen deutschen Primat, wie man es empfand.
 - 6 Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU verbraucht die Hälfte des EU-Budgets und ist Gegenstand eines seit Jahren anhaltenden Streits zwischen denen, die sie reformieren wollen – Deutschland insbesondere – und denen, die auf ihrem Besitzstand beharren. Der Beitritt der mittelosteuropäischen Staaten schafft insofern neue Probleme, als eine bedingungslose Übertragung der Subventionen zum Kollaps des EU-Budgets führen würde. So wurde beschlossen, 2004 den neuen Mitgliedern 25 Prozent der derzeit geltenden Subventionen zukommen zu lassen, ab 2007 40 Prozent und ab 2013 – dem Zeitpunkt, zu dem man hofft, reformiert zu haben – 100 Prozent.
 - 7 Vilnius, Hauptstadt des 1919 gegründeten litauischen Staates, wurde 1921 von Polen besetzt. Alle diplomatischen Beziehungen zwischen Litauen und Polen wurden abgebrochen, und der Konflikt verhinderte jede Kooperation in Mittelosteuropa. Faktisch stellt Vilnius ein wichtiges kulturelles Zentrum dreier Nationen dar: Der Litauer, der Polen und der Weißrussen, um nicht die Juden Osteuropas zu vergessen.
 - 8 Für die Bundesrepublik Deutschland war die Unterstützung der *Solidarnosc* politisch nicht unproblematisch, brachte es sie doch in den Verdacht einer revanchistischen Politik.
 - 9 Siehe zum Thema etwa *Kühnhardt, L., Ménudier, H., Reiter, J.*: Das Weimarer Dreieck. Die französisch-deutsch-polnischen Beziehungen als Motor der Europäischen Integration. Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI), Discussion Paper, C 72, Bonn 2000.
 - 10 1. NATO-Erweiterung 1997, ratifiziert und vollzogen 1999, mit der Aufnahme Polens, Ungarns und der Tschechischen Republik; begleitend Unterzeichnung von Russland- und Ukraine-Grundlagenvertrag.
 - 11 Der Brief, von *Jackson* entworfen, wurde von den Regierungen der so genannten Gruppe von Vilnius: Slowakei, Slowenien, Albanien, Kroatien, Mazedonien und Bulgarien unterschrieben. Ebenfalls eindeutig für die Intervention hatten sich im Vorfeld Ungarn, die Tschechische Republik und Polen ausgesprochen.
 - 12 „Ils ont raté une bonne occasion pour se taire“, Erklärung *Chiracs* am 19.2.2003; zitiert in allen französischen Tageszeitungen am 20.2.2003.
 - 13 Interview der Autorin mit *Bruce Jackson*, Washington Oktober 2002; siehe *Susanne Nies*: Les pays baltes dans leur environnement: Enjeux et perspectives stratégiques. Etude réalisée par le CERI et la DAS du Ministère de la Défense, Paris, France 2002, 152 Seiten; Interview mit *Jackson* S. 142–146.